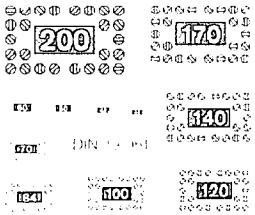

alternative

A57765

riedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn
nv.-Nr.: 31.959

die alternative unserer zeit

Auseinandersetzung der Sozialdemokratie mit dem Kommunismus

Friedrich-Ebert-Stiftung
Bibliothek

Inhalt

I. Aus dem Grundsatzprogramm 5

II. Die Zeit, in der wir leben 5

III. Sozialdemokratie und Freiheit 6

IV. Die Herausforderung 7

V. Hat der Westen eine Antwort? 8

VI. Das Versagen der konservativen Kräfte 9

VII. Die Bereitschaft der Sozialdemokratie 10

VIII. Die Entwicklung des Kommunismus 10

IX. Der Weg des demokratischen Sozialismus 12

X. Sowjetzone und SED 13

XI. Was kann geschehen? 14

Anhang

Der Totalitätsanspruch der kommunistischen Ideologie 17

Die Herausforderung an den Westen 19

Material über die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion 20

Material zur Entwicklung von Erziehung und Schule in der Sowjetunion .. 23

Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 2.60
Druck: Druckhaus Deutz, Köln

Das Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen am 15. November 1959 zu Godesberg, ist die Grundlage, auf der die praktische Politik der Sozialdemokratie unserer Zeit aufbaut. Die folgende Erklärung ist eine Erläuterung jener Grundsätze, die das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Demokratie, zum Totalitarismus und seiner zur Zeit bedrohlichsten Form, dem Kommunismus, bestimmen. Sie zeigt die Konsequenzen auf, die in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus für die praktische Politik in Deutschland gezogen werden müssen. Diese Erläuterung hat die Zustimmung des Parteivorstandes und des Parteirates der SPD. Für die Politik und die Bildungsarbeit der Partei kommt ihr daher prinzipielle Bedeutung zu.

I. Aus dem Grundsatzprogramm

„Wir streiten für die Demokratie. Sie muß die allgemeine Staats- und Lebensordnung werden, weil sie allein Ausdruck der Achtung vor der Würde des Menschen und seiner Eigenverantwortung ist.

Wir widerstehen jeder Diktatur, jeder Art totalitärer und autoritärer Herrschaft; denn diese mißachten die Würde des Menschen, vernichten die Freiheit und zerstören das Recht. Sozialismus wird nur durch Demokratie verwirklicht, die Demokratie durch den Sozialismus erfüllt.

Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit verwirklichen, während die Kommunisten die Zerissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten."

„Die Kommunisten unterdrücken die Freiheit radikal. Sie vergewaltigen die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Persönlichkeit und der Völker. Gegen ihren Machtapparat stellen sich heute zunehmend auch die Menschen der kommunistisch regierten Länder selber. Auch dort vollziehen sich Wandlungen. Auch dort wächst das Freiheitsstreben, das keine Herrschaft auf die Dauer niederhalten kann. Auch die kommunistischen Machthaber kämpfen um ihre Selbstbehauptung. Auf dem Rücken ihrer Völker errichten sie eine wirtschaftliche und militärische Macht, die zur wachsenden Bedrohung der Freiheit wird."

II. Die Zeit, in der wir leben

Unsere Zeit ist gekennzeichnet durch große Umwälzungen und Bewegungen, die sich in der ganzen Welt vollziehen. Die fortschreitende wissenschaftlich-technische Revolution verändert unsere Gesellschaft und zieht die ganze Menschheit in ihren Bann. Die soziale und politische Ordnung aller Völker ist davon berührt. Wir leben im Übergang zu einem neuen Zeitalter, das eine neue Ordnung der Welt und eine neue Stellung des Menschen in ihr bringen wird.

In dieser Zeit bedrohen vor allem zwei Gefahren die Grundlagen menschlichen Daseins: die innere Gefahr, die von der nicht bewältigten technischen Entwicklung ausgeht, und die äußere Gefahr der totalen Vernichtung alles Lebens durch die kriegerisch entfesselten Urkräfte des Atoms. Das sittliche und politische Vermögen des Menschen ist weit zurückgeblieben hinter dem überwältigenden Vorstoß in die Bereiche der

materiellen Welt. In dem Mißverständnis von materieller Macht und politischem Unvermögen liegt die Lebensbedrohung der Menschheit.

Die Erhebung des Menschen zum Objekt des Produktions- und Verbrauchsmechanismus, zum verantwortlichen Beherrscher der technischen Welt, die Sicherung der größtmöglichen Freiheit der menschlichen Persönlichkeit in einer hochentwickelten Industriegesellschaft, das ist die Kernfrage unserer Existenz. Ob sie gelöst wird, das liegt in der Verantwortung der heute lebenden Generation. Sie trifft die Entscheidung über die Würde des Menschen in unserer Zeit und in der Zukunft.

III. Sozialdemokratie und Freiheit

„Die Sozialisten erstreben eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seine Persönlichkeit in Freiheit entfalten und als dienendes Glied der Gemeinschaft verantwortlich am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben der Menschheit mitwirken kann." (Grundsatzprogramm der SPD, Grundwerte des Sozialismus.) Die Demokratie ist die einzige Staatsform, die diese Entwicklung möglich macht. Sie muß jedoch mehr sein als eine Staatsform, sie muß zur Lebensordnung werden, die alle Ebenen gesellschaftlicher Wirksamkeit durchdringt. Erst durch die Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken wird der Staat zum Kulturstaat. Der demokratische Sozialismus ist untrennbar mit der Würde und der Freiheit des Menschen verbunden. Er steht daher in unversöhnlichem Gegensatz zu allen Ideologien und Herrschaftformen des Totalitarismus. Er lehnt solche Methoden des Fortschritts ab, durch die ein bereits erreichter Grad von Freiheit wieder aufgehoben oder reduziert werden würde. Ein „Fortschritt", der auf Kosten der freien Entfaltung von Menschen erkauft wird, wäre ein Rückschritt, für den es keine Rechtfertigung gibt.

Jede Diktatur, wo immer sie bestehen mag, ist eine Bedrohung für die Freiheit jedes einzelnen, für die Freiheit der Völker und für den Frieden der Welt. Jede Ausbeutung von Menschen unter Verletzung der elementaren Menschenrechte, sei es durch Zwangsarbeit, sei es zugunsten privatkapitalistischen Profits, sei es im Namen einer politischen Diktatur, macht einen Kulturstaat unmöglich. Die Sozialdemokratie sieht deutlich die totalitären Gefahren, die die industrielle Entwicklung auch in den demokratischen Ländern in sich trägt. Die Bändigung, bzw. die Kontrolle der Macht ist nur durch die Vertiefung und Ausweitung der Demokratie möglich. Dieser Grundgedanke bestimmt alle sozialdemokratische Politik. Die Ablehnung des Faschismus durch die Sozialdemokratie ist nicht weniger scharf als die Ablehnung des Kommunismus. Die

deutsche Sozialdemokratie hat von Anfang an den Nationalsozialismus kompromißlos bekämpft. Sie hat schon vor 1933 die heftigsten Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus geführt. Wenn sie sich heute mit dem Kommunismus auseinandersetzt, so unterschätzt sie damit keineswegs die Gefahren, die der Freiheit in der westlichen Welt von neofaschistischen Kräften drohen. In der gegenwärtigen Situation, angesichts der Herausforderung durch den Kommunismus, ist jedoch die grundsätzliche Auseinandersetzung mit ihm zu einer Lebensfrage der Demokratie und des demokratischen Sozialismus geworden.

IV. Die Herausforderung

Die weltpolitische Entwicklung ist in eine neue Phase eingetreten. Sie ist gekennzeichnet durch den offenen Konkurrenzkampf der z. Zt. größten Mächte der Welt, Amerika und der Sowjetunion. Sein Ausgang wird das Schicksal aller Völker wesentlich bestimmen.

Dieser Konkurrenzkampf in seiner heutigen Form ist von der Sowjetmacht gewollt und bewußt herbeigeführt. Die seit Jahren immer massiver werdende Herausforderung zum „friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus" ist eine neue Form der weltpolitischen Strategie des sowjetischen Kommunismus. Ihr Ziel ist nicht das friedliche Nebeneinander von Staaten und verschiedenen Regierungssystemen, sondern die Unterminierung und Aufweichung der westlichen und die Ausweitung und Festigung der sowjetischen Macht. Ihr Mittel ist der Wettbewerb in Produktion und Technik, in der Absicht, die wirtschaftspolitische und machtpolitische Überlegenheit zu erlangen. Diese Strategie beruht auf der Einsicht in die Bedingungen und Möglichkeiten der sich immer mehr entfaltenden industriellen Gesellschaft und in die Umwälzungen, die sie im machtpolitischen Raum hervorgerufen hat. Die Sowjetunion weiß, daß — zwischen den Weltmächten — Krieg aufgehört hat, das entscheidende Mittel zur Errichtung der Vorherrschaft zu sein. Infolgedessen verlagert sich das machtpolitische Ringen auf andere Ebenen. Die volle Entfaltung der geistigen und wirtschaftlichen Leistungskraft eines Volkes, seine naturwissenschaftlich-technische Leistung, die Entwicklung seiner Produktion, die Steigerung des Lebensstandards, der Bildungsstand, die Geschlossenheit des politischen Willens, die ideologische Orientierung, die Identifizierung des Menschen mit dem ihn umgebenden gesellschaftlichen System, die propagandistische Beeinflussung der Massen im gegnerischen Lager, all das sind heute entscheidende Elemente der Machtpolitik.

Dazu kommt das Bemühen, den Einfluß auf die Entwicklungsländer durch großzügige wirtschaftliche Hilfen, politischen Druck und ideologische Propaganda zugunsten des Kommunismus zu stärken und im afro-asiatischen Raum das politische Schwergewicht zu bestimmen.

Nach dem XX. Parteitag hat die Sowjetunion systematisch begonnen, diese modernen Mittel machtpolitischer Auseinandersetzung voll anzuwenden. Die Reaktion des Westens war zögernd. Man operierte zunächst mit den Mitteln klassischer Machtpolitik, d. h. mit der Verstärkung der Rüstung. Diese Politik erreichte ihr Ziel nicht. Der Abschuß des ersten Erdsatelliten hat der westlichen Welt, vor allem Amerika, schockartig zum Bewußtsein gebracht, daß die Herausforderung der Sowjetunion zum „friedlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus" eine bedrohliche Tatsache geworden ist.

Die Sowjetunion ist überzeugt, daß sie die Konkurrenz mit den westlichen Industriestaaten jetzt schon aufnehmen kann und daß sie bei diesem Wettbewerb überlegener Sieger sein wird. *Somit steht die westliche Welt ihrer größten Herausforderung gegenüber, und diese wird nicht militärischer Art sein. Sie ist aber auch nicht bloß wirtschaftlicher Art, sondern hinter und über der Konkurrenz um materielle Ziele steht die Auseinandersetzung zwischen der auf Demokratie gegründeten Freiheit und dem kollektivistisch-bürokratischen Ordnungsprinzip des Kommunismus.*

V. Hat der Westen eine Antwort?

Für die Vereinigten Staaten beginnt die größte Kraftanstrengung ihrer Geschichte. Sie ist durch enorme Investitionen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Forschung, Technik und Erziehung gekennzeichnet. Wie groß auch immer der Vorsprung der einen oder anderen Großmacht auf dem wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Felde sein mag, die Auseinandersetzung geht um das überlegene gesellschaftliche Ordnungsprinzip und um die stärkere geistig-moralische Leistung.

Jetzt muß sich erweisen, ob das demokratische Ordnungsprinzip die Kraft zur Selbstbehauptung hat. Die Frage nach der freien demokratischen Willensbildung in der modernen Industriegesellschaft, nach demokratischer Struktur und Kontrolle der Wirtschaft, nach dem Maß sozialer Gerechtigkeit, nach der Reife des mitverantwortlichen Bewußtseins der Menschen, nach der Erfüllung jener Grundrechte, die in der Charta der Vereinten Nationen und in den demokratischen Verfassungen zum Ausdruck kommen, ist unausweichlich gestellt. Die einzige Chance der Demokratien in dem geistig-moralischen Wettstreit mit dem Sowjetreich besteht in der Verwirklichung der Demokratie. Demokratie aber wird erst verwirklicht sein, wenn auch der einfache Bürger imstande ist, ihren Wert zu erkennen und wenn er sich mit ihr identifiziert. Das ist zugleich die Antwort auf die Gefahren, die der Demokratie von der technokratischen Entwicklung unserer Gesellschaft drohen.

VI. Das Versagen der konservativen Kräfte

Unschwer ist zu erkennen, daß der Konservatismus, das Festhalten am Alten, das materielle Gewinnstreben, die Beschränkung auf eigene Sicherheit und Wohlergehen nicht geeignet sind, jene offensive Beweglichkeit zu entfalten, die die Stunde fordert. Beurteilen wir die Situation im bundesrepublikanischen Deutschland, so müssen wir feststellen, daß von einer Bereitschaft zur offensiven Auseinandersetzung kaum etwas zu verspüren ist. „Keine Experimente" ist der Ausdruck politischer Trägheit und Unbeweglichkeit. Die Demokratie ist zwar als Form anerkannt, ihr Gehalt wird jedoch weithin überdeckt von Interessenkämpfen und autokratischem Machtdenken. Die CDU gerät immer mehr unter den Einfluß von Interessenverbänden. Sie versucht, das Fehlen jeglicher Konzeption für eine nicht kriegerische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus durch emotionale Propagandaaktionen zu verdecken. Die damit verbundene Ängstlichkeit und Unsicherheit führen dazu, daß bei jeder politischen Argumentation mit dem Vorrang militärischer Sicherheit operiert wird, die doch bestenfalls nur wieder zu den starren Fronten der Politik des kalten Krieges zurückführen muß. Eine von Demagogen erzeugte Massenhysterie schwächt das demokratische Selbstbewußtsein und beseitigt das politische Urteilsvermögen, ohne eine Lösung der vorhandenen Probleme zu erreichen.

In der gegenwärtigen Auseinandersetzung unserer Demokratie mit dem Kommunismus ist das Versagen einer primitiven Kreuzzugspropaganda vorherzusehen. Wer den Totalitarismus mit emotionaler Propaganda bekämpft, die den Methoden des Nazismus entlehnt ist, der begünstigt jene neofaschistischen Kräfte, die auf ein Umschlagen antikommunistischer in profaschistische Stimmung hoffen. Es wird immer mehr offenkundig, daß die vorwiegend auf emotionale Propaganda und militärisches Denken gegründete Politik der CDU falsch orientiert ist. Ihr Fehlschlagen darf man nicht abwarten. Wir müssen handeln. Offen und eindringlich werden von der Sozialdemokratie die Fragen unseres Schicksals aufgeworfen.

VII. Die Bereitschaft der Sozialdemokratie

Die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus setzt daher auch eine innerdeutsche Auseinandersetzung mit jenen konservativen Kräften voraus, die vor dieser Aufgabe versagen. Seit zehn Jahren wird die Politik in der Bundesrepublik von restaurativen Kräften beherrscht, die in keiner entscheidenden Stunde in der Lage waren, ihre überlebten Denkformen aufzugeben.

Die Sozialdemokratie ist bereit, mit allen Kräften zusammenzuarbeiten, die wie sie entschlossen sind, dem Kommunismus eine überlegene demokratische und soziale Ordnung gegenüberzustellen. Sie weiß jedoch, daß das nicht möglich ist, ohne den innenpolitischen Kampf um die Vollendung der Demokratie.

Die Sozialdemokratie ist verpflichtet, auch auf sich allein gestellt, dem Kommunismus gegenüberzutreten. Indem sie in dieser Stunde ihre Stellung zum Kommunismus noch einmal klar und deutlich ausspricht und durch ihre Politik die Kraft der Demokratie stärkt, handelt sie im Interesse des ganzen deutschen Volkes.

VIII. Die Entwicklung des Kommunismus

Zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ist es unerläßlich, seine ideologische Entwicklung zu verfolgen und seine gesellschaftliche Wirklichkeit zu durchleuchten. So stellen wir fest, daß die Sowjetunion, der führende kommunistische Staat der Welt, zu einer der beiden Großmächte geworden ist, die heute das Schicksal der Menschheit bestimmen. Die von kommunistischen Kadern gelenkte russische Revolution führte in einem fast ausschließlich bäuerlichen Lande sehr bald zur Entartung in der Diktatur und zur Preisgabe aller sittlichen Gehalte des Sozialismus. Die kommunistische Diktatur konnte ihre politischen Ziele nur durch eine möglichst rasche Industrialisierung des Landes erreichen, die unter ungeheuren Opfern und Leiden erzwungen wurde. Der Reichtum des Landes, ein an Entbehrungen gewöhntes und genügsames Volk, vor allem aber die durch Naturwissenschaften und Technik in der ganzen Welt ständig wachsende Steigerung der Produktivität begünstigten den Durchbruch zum modernen Industriestaat.

Der im Bündnis mit den Westmächten im zweiten Weltkrieg siegreich gebliebene Stalinismus kam in der anschließenden Periode des Wiederaufbaues mit den Bedingungen der sich entwickelnden Industriegesellschaft in Konflikt. Aus einem Gegensatz zwischen starrer Machtideologie und gesellschaftlicher Wirklichkeit hat sich in

der Krise des Stalinismus ein mehr pragmatischer, von Nützlichkeitserwägungen bestimmter Stil der Parteiherrschaft entwickelt.

Damit ist eine neue Phase des sowjetischen Kommunismus deutlich geworden. Chruschtschow ist ihr Exponent. Das neue Ziel des sowjetischen Kommunismus, den Westen naturwissenschaftlich-technisch und damit ökonomisch und machtpolitisch zu überholen, macht eine stärkere Dezentralisierung und eine Lockerung des Regimes notwendig. Die moderne Entwicklung des Produktionsapparates, die Ausweitung der naturwissenschaftlich-technischen Bildung und der Anstieg des Lebensstandards führen zu neuen, gesellschaftlichen Gegensätzen und zu einer raschen Veränderung der gesellschaftlichen Gesamtlage. Sie stellt dem Parteiapparat neue Probleme und zwingt ihn zu neuer Anpassung. Auch diese Anpassung geschieht in der Absicht, die kommunistische Parteiherrschaft aufrechtzuerhalten und sie für die Auseinandersetzung um die politische Führung in der Welt zu stärken.

Die kommunistischen Ideologen, die, zur Überwindung stalinistischer Abweichungen, verstärkt auf die Elemente leninistischer Theorien zurückgriffen, bemühen sich, die Ideologen zu retten, indem sie sie durch entsprechende Auslegungen an die sich verändernde Wirklichkeit anzupassen suchen. In Wirklichkeit ist die kommunistische Lehre ein politischer Mythus in scheinwissenschaftlichem Gewande. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, die wissenschaftliche und philosophische Hohlheit des Kommunismus aufzudecken.

Die unvermeidlichen Konzessionen des Kommunismus an die werdende Industriegesellschaft und ihre Gesetzmäßigkeit können früher oder später zu einer Veränderung der Herrschaftsform und zu einem Konflikt mit den Kernsätzen der kommunistischen Ideologie führen. Das Auseinanderklaffen zwischen Dogma und gesellschaftlicher Wirklichkeit wird zu einem Grundproblem der kommunistischen Diktatur. Es verlangt unsere höchste Aufmerksamkeit.

Es wäre sinnlos, die naturwissenschaftlichen und industriellen Fortschritte in der UdSSR zu leugnen. Wir müssen damit rechnen, daß die kommunistische Herrschaft auch in Zukunft einen schnellen industriellen Fortschritt erzwingt. Die Sozialdemokratie ist jedoch nicht bereit, diese Tatsachen als Rechtfertigung des Anspruches der Kommunisten anzuerkennen, den Sozialismus verwirklicht zu haben. Es ist im Gegenteil offensichtlich, daß wissenschaftlicher, technischer und wirtschaftlicher Fortschritt gleicherweise in Diktaturen wie in der Demokratie unter kapitalistischen, kommunistischen wie auch sozialistischen Vorzeichen möglich ist. Dieser Fortschritt an sich ist deshalb nirgendwo ein Maßstab für den sittlichen Gehalt einer Gesellschaftsordnung.

IX. Der Weg des demokratischen Sozialismus

Eine Gesellschaft, auf welcher Stufe der Zivilisation sie sich auch immer befinden mag, kann die nächste Stufe des technisch-wirtschaftlichen Fortschritts ohne Gewalt und Willkürherrschaft erreichen. Dort jedoch, wo die herrschenden Klassen sich dieser Entwicklung verschließen oder wo Feudal- und Kolonialsysteme den bestehenden Zustand verewigen wollen, dort entstehen ständig wachsende Spannungen. Sie provozieren den explosiven Durchbruch und den revolutionären Versuch, den Anschluß an den Fortschritt mit Gewalt und Terror zu erzwingen. Das ist die Stunde des Kommunismus und der Weg durch Blut, Elend und Unfreiheit. Der Mensch zählt nicht, nur noch die kollektive Leistung. Erst wenn die materiellen Ziele erreicht sind, ist ein Ausgleich denkbar. Bis jetzt sind keine Anzeichen erkennbar, die auf eine Entwicklung des sowjetischen Kommunismus zur Demokratie hindeuten.

Der demokratische Sozialismus zeigt einen Entwicklungsprozeß ohne Blut und Tränen, der von einer ständigen Ausweitung demokratischer Freiheit begleitet ist. Auch er hatte Rückschläge zu erleiden, die vor allem durch die Krisen des kapitalistischen Systems verursacht waren; auch er konnte die Barbarei des Faschismus nicht verhindern, aber dort, wo der demokratische Sozialismus seine Politik zur vollen Geltung bringen konnte, hat es Beispiele erfolgreichen Bemühens gegeben. Er hat den verhängnisvollen Weg gewaltsamen Durchbruchs vermieden durch eine Politik, die mit dem zivilisatorischen, ökonomischen und technischen Fortschritt ständig Schritt gehalten hat und die im Kampf um das Recht des einzelnen Menschen eine beständig weitergeführte Reform der sozialen und politischen Ordnung durchsetzte. In vielen Industrieländern der westlichen Welt hat so der Einfluß des demokratischen Sozialismus den Kommunismus unmöglich gemacht. Auch dort, wo er nicht in der Regierung des Landes, sondern nur aus der Opposition wirken konnte, oder wo seine Ideen nur über den gewerkschaftlichen Kampf auf die Gesellschaft Einfluß nahmen — wie in Amerika —, hat er die demokratische Entwicklung entscheidend mitbestimmt. Es wäre ein Rückfall in die Barbarei, wenn das System des Kommunismus den Industriestaaten des Westens aufgezwungen werden könnte.

Der Kommunismus hat den Menschen zu einem Werkzeug erniedrigt; denn für ihn ist die Partei und ihre Macht das Zentrum aller Dinge. Er unterwirft den Freiheitsanspruch jedes einzelnen dem Machtanspruch der Partei und mißbraucht den Menschen skrupellos für seine Zwecke. Seine Herrschaft ist eine imperialistische Diktatur, deren Ziel es ist, die ganze Welt ihrem Gesetz zu unterwerfen. Die ständig neu erzwungene Anpassung an die Lebensumstände in der kommunistischen Gesellschaft läßt auf die Dauer Verhaltensweisen entstehen, die die Menschen erniedrigen und die Menschenwürde beleidigen. Während der demokratische Sozialismus alle Menschen zur bedingungslosen Inanspruchnahme ihrer Freiheitsrechte aufruft, zwingt die kommunistische Praxis allen Menschen ein Leben in Unaufrichtigkeit und persönlicher Unfreiheit auf. Daher kann es zwischen der Sozialdemokratie und diesem kommunistischen Machtanspruch nur einen unversöhnlichen Gegensatz geben. Dieser Gegensatz besteht, seit der Kommunismus aufgetreten ist; er wird bestehenbleiben, solange die kommunistische Ideologie und ihr Machtanspruch existieren.

Was in der Sowjetunion und in der gesamten kommunistischen Welt geschehen ist, kann nicht rückgängig oder ungeschehen gemacht werden. Der Leidensweg des russischen Volkes ist heute zu einem Teil der Menschheitsgeschichte geworden, er kann jedoch niemals in der sozialistischen Idee seine Rechtfertigung finden. Wir sind überzeugt, daß der demokratische Sozialismus stark genug ist, um die reaktionären Mächte in der kapitalistischen Welt zurückzudrängen, ein Neuaufkommen faschistischer Kräfte zu verhindern und all jene zu vereinen, die den Kommunismus überwinden und den Weg zu einer sozialen demokratischen Ordnung der Welt suchen wollen. Soziale Demokratie oder technokratischer Totalitarismus, das ist die wahre Alternative unserer Zeit.

X. Sowjetzone und SED

Durch die Spaltung Deutschlands und die Errichtung kommunistischer Zwangsherrschaft unter dem Schutze der Sowjetarmee hat das Regime des Kommunismus in der Sowjetzone einen besonderen Charakter erhalten. Auch in der Sowjetzone wird der Versuch gemacht, durch die Mittel der Erziehung und Produktivitätssteigerung das kommunistische System zu festigen. Alle Bemühungen der SED-Führung nach Unterdrückung der Sozialdemokratie, die kommunistische Ordnung nach sowjetischem Vorbild durchzusetzen, stehen aber im Widerspruch zu der großen geistigen Tradition, die eine — gerade in Mitteldeutschland — starke demokratisch-sozialistische Arbeiterbewegung bis 1933 entwickelt hatte und deren fortdauernde Lebenskraft durch die Ereignisse des 17. Juni 1953 erneut bestätigt wurde.

Die Abhängigkeit der SED von der sowjetischen Macht und der Widerspruch, in dem sie sich zum Recht der Selbstbestimmung der von ihr beherrschten 18 Millionen unseres Volkes befindet, läßt das kommunistische Regime der Sowjetzone als bloßen Vollstrecker des Willens der Sowjetmacht erkennen. Solange aber beide Teile Deutschlands verschiedenen Militärbündnissen angehören und damit sowjetische

Truppen auf deutschem Boden stehen, solange erscheint die SED-Herrschaft gesichert.

Die SED-Herrschaft kann mit der Entwicklung in anderen kommunistischen Ländern, wie z. B. in der Sowjetunion und Polen, nicht gleichgesetzt werden. Die SED-Herrschaft ist nicht nur eine kommunistische Diktatur, sondern darüber hinaus eine verkappte Fremdherrschaft. Die Sozialdemokratie hat stets jede Beziehung zur SED abgelehnt. Man muß wissen, daß die SED alles tut, um die Gegensätze zwischen dem Kommunismus und der Sozialdemokratie zu verwischen. Sie versucht, den demokratischen Sozialismus zu mißbrauchen, um eine Wiedervereinigung zu verhindern.

XI. Was kann geschehen?

Jetzt muß sich erweisen, ob wir imstande sind, nicht nur das Dogma des Kommunismus mit starren Erklärungen abzulehnen, sondern ihm etwas entgegenzustellen, mit eigenem Gewicht und eigenem Wert.

Wir brauchen eine dynamische, Chancen nützende, die geistige Auseinandersetzung suchende Politik. Wir brauchen mehr Selbstbewußtsein und mehr Vertrauen in die gute Sache der Demokratie. Wir müssen die passive, einseitige Grundhaltung der deutschen Politik überwinden. Wir brauchen eine Politik, die auf die Zukunft gerichtet ist, d. h., sie darf den harten Problemen nicht ausweichen, die eine neue Zeit uns stellt. Sie muß daher vorausdenken und planen, immer mit dem Ziel, der Freiheit und der Würde des Menschen in einer technisierten Gesellschaft zu dienen. Wir brauchen eine konstruktive Außenpolitik, die den Frieden und die Verständigung sucht, die jedes Mittel der Entspannung prüft, ohne dabei die Notwendigkeit geistiger und politischer Selbstbehauptung außer acht zu lassen. Wir brauchen normale Beziehungen zur Sowjetunion und zu anderen Staaten des Ostblocks. Die prinzipiellen Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus werden davon nicht berührt.

Wir brauchen eine konstruktive Politik der Wiedervereinigung, die trotz aller weltpolitischen Schwierigkeiten unverdrossen jede Chance nützt, das Unheil der deutschen Spaltung und mögliche Schritte zur Wiedervereinigung den verantwortlichen Weltmächten zum Bewußtsein zu bringen. Ein dauerhafter Frieden ist ohne Wiedervereinigung nicht denkbar. Dabei müssen wir wissen, daß ein vereinigtes Deutschland in Freiheit und ohne die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in Deutschland nicht entstehen kann.

Wir brauchen eine Innenpolitik, die den Geist der Demokratie in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens trägt. Sicherung der Demokratie gegen ihre Feinde, nicht nur durch Gesetze, sondern vor allem durch die Mobilisierung aller demokratischen Kräfte für die Auseinandersetzung mit allen Formen des Totalitarismus.

Wir brauchen eine Wirtschaftspolitik, die stetigen Wirtschaftsaufstieg und steigenden Wohlstand sichert, wirtschaftliche Rückschläge und regionalen Rückstand überwindet und damit der Wirtschaftsentwicklung im sowjetischen Bereich die höchstmögliche Widerstands- und Leistungsfähigkeit der demokratischen Welt entgegensetzt. Wir brauchen gerechte Beteiligung aller am gesellschaftlichen Reichtum, die Möglichkeit der Eigentumsbildung für alle, wirksame Kontrolle der wirtschaftlichen Macht, die jeden Machtmißbrauch ausschließt, und aktive Mitwirkung der arbeitenden Menschen an allen gemeinsamen Aufgaben.

Wir brauchen einen groß angelegten Bildungsplan, dessen Verwirklichung von allen demokratischen Parteien garantiert werden sollte. Die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Erziehung. Breite politische Bildung muß zur dringlichsten staatspolitischen Aufgabe erklärt werden. Den Ländern und Gemeinden müssen die Mittel für die Steigerung ihrer kulturpolitischen Leistungen zuerkannt werden.

Wir brauchen ein System sozialer und gesundheitlicher Sicherung, das den östlichen Systemen nicht nur in bezug auf den materiellen Gehalt, sondern das vor allem der Würde selbstverantwortlicher Menschen gerecht wird.

Wir brauchen ein Programm zur Hilfe für die Entwicklungsländer, das der wirtschaftlichen Leistungskraft der Bundesrepublik entspricht. In Verbindung mit anderen demokratischen Staaten muß die Solidarität der demokratischen Welt eindrucks- und wirkungsvoll bekundet werden. Solange der Reichtum der Welt nicht gleichmäßiger verteilt und die Produktivität in den Entwicklungsländern nicht erheblich gesteigert ist, bleibt die Demokratie gefährdet und der Friede bedroht. Alle Völker sind verpflichtet, Hunger, Elend und Seuchen in gemeinsamer Anstrengung zu bekämpfen.

Eine wirksame Antwort auf die kommunistische Herausforderung setzt eine Kenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den Ländern des kommunistischen Herrschaftsbereiches voraus.

Wir brauchen daher eine großzügige Förderung aller Bemühungen, die eine wissenschaftliche Beobachtung der östlichen Welt sichern. Die Sozialdemokratie ist sich der Schwierigkeit eines objektiven Studiums der Vorgänge im kommunistischen Machtbereich bewußt. Sie ist die einzige deutsche Partei, die in all den Jahren seit 1946

aus eigener Kraft und durch ihre eigene Organisation ein systematisches Studium der östlichen Entwicklung betrieben hat. Sie kann auf diesen Erfahrungen aufbauen. Vor allem aber wird sie die sich anbahnenden Entwicklungen des kommunistischen Systems sorgfältig beobachten, die Berührung der in diesem System lebenden Menschen mit der freiheitlichen Gedankenwelt fördern und für die Ideen des demokratischen Sozialismus wirken.

Wenn es gelingt, den sozialen und freiheitlichen Charakter unserer gesellschaftlichen Ordnung bei voller Entfaltung materiellen Wohlstandes nach den Bedingungen unserer Zeit zu formen, dann werden wir in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus das entscheidende Argument für uns haben.

Unsere Antwort auf die Herausforderung der kommunistischen Welt ist die Verwirklichung der sozialen Demokratie.

ANHANG

Material zur kommunistischen Herausforderung

Der Totalitätsanspruch der kommunistischen Ideologie

Auszüge aus dem Beschluß des Zentralkomitees der KPdSU vom 9. Januar 1960.

„In der Periode des umfassenden Aufbaus der kommunistischen Gesellschaft in unserem Lande gewinnt die ideologische Arbeit der Partei und besonders ihr entscheidendes Gebiet — die Parteipropaganda — äußerst große Bedeutung. Die Aneignung der kommunistischen Weltanschauung, die Beherrschung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus, das tiefe Verständnis für die Politik der Partei werden zur Lebensnotwendigkeit für einen jeden Sowjetmenschen. Das wird dadurch bestimmt, daß

1. die erfolgreiche Verwirklichung des Programms des kommunistischen Aufbaus, die Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus, die weitere Stärkung der wirtschaftlichen Macht der UdSSR und die Erreichung eines Überflusses an materiellen Gütern direkt von der Hebung des Bewußtseins der Werktätigen abhängen;

2. die Überzeugung und Erziehung der Massen in immer stärkerem Maße zur Hauptmethode beim Regeln des Lebens der Sowjetgesellschaft werden, je weiter die sozialistische Demokratie entwickelt und je weiter das sozialistische Staatswesen allmählich in die kommunistische Selbstverwaltung hinüberwächst;

3. *die Formung des neuen Menschen mit kommunistischen Charaktereigenschaften und Gewohnheiten und mit kommunistischer Moral sowie die Beseitigung der Überreste des Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen heute eine der wichtigsten praktischen Aufgaben ist,*

4. die friedliche Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung den ideologischen Kampf nicht schwächer werden läßt. Unsere Partei wird nach wie vor einen unversöhnlichen Kampf für die kommunistische Ideologie — die fortschrittlichste und wahrhaft wissenschaftliche Ideologie der Gegenwart — führen."

„Nach dem XX. und XXI. Parteitag der KPdSU wurde das ideologische Leben im Lande bedeutend aktiver und auf eine neue Stufe gehoben. Die Propagierung der kommunistischen Ideologie nahm lebendigeren und mannigfaltigeren Charakter an, ihre Wirksamkeit sowie ihre organisierende und mobilisierende Rolle wurde gesteigert."

„Aktiver und gründlicher wurde die Kritik an der bürgerlichen Ideologie und am modernen Revisionismus. Es wurden vielseitige Erfahrungen in der ideologischen Arbeit gesammelt, Kader von Propagandisten wuchsen heran, ihre theoretische und methodische Ausbildung wurde verbessert, und die materielle Basis der Parteipropaganda erstarkte bedeutend."

„Die Wirksamkeit der Parteipropaganda zeigt sich in erster Linie an den konkreten Produktionsergebnissen. Es muß angestrebt werden, daß in der Propaganda weniger politisches Geschwätz und mehr konkreter Kampf um eine Beschleunigung des Tempos beim kommunistischen Aufbau zu verzeichnen ist. Die Propaganda in Wort und Schrift muß der Mobilisierung der Massen zur erfolgreichen Verwirklichung des Siebenjahresplanes und des gesamten Programms, des Aufbaus des Kommunismus in der UdSSR, der Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem technischen Fortschritt in der Volkswirtschaft, der Ermittlung neuer Reserven und der Einführung besserer Arbeitsmethoden, der Einsparung und dem sparsamen Umgang mit staatlichen Mitteln und Werten, dem Kampf gegen Erscheinungen der Trägheit und des Konservativismus und der Erziehung zur Unduldsamkeit gegenüber Mängeln dienen."

„Gegen die dem Marxismus-Leninismus feindliche bürgerliche Ideologie und ihre rechtssozialistischen und revisionistischen Prediger muß eine aktive Offensive geführt werden, unermüdlich ist die politische Wachsamkeit der Sowjetmenschen zu erhöhen."

„Die ideologische Erziehungsarbeit unter der Jugend muß ihr helfen, die gesellschaftlichen Erscheinungen richtig zu verstehen und die Prinzipien der kommunistischen Moral in tiefe persönliche Überzeugungen zu verwandeln. Sie muß Unduldsamkeit gegen Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie und gegen die Gleichgültigkeit gegenüber dem politischen Geschehen und dem Spießbürgertum einflößen."

„Es ist notwendig, die junge Generation zu einer frischen, mutigen und kühnen, unerschütterlich vom Endsieg des Kommunismus überzeugten Generation zu erziehen."

Die Herausforderung an den Westen

Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag der KPdSU, 27. 1. bis 5. 2. 1959: „Im Westen sagt man, daß wir ihn ‚herausgefordert' hätten. Nun gut, wenn ihnen dieses Wort gefällt, werden wir auch meinen, daß wir sie herausgefordert haben."

Chruschtschow im Gespräch mit W. R. Hearst am 22. 11. 1957: „Wenn es die Vereinigten Staaten zum Wettbewerb herausfordert, mehr Fleisch, Butter, Kleidung und Schuhwerk zu erzeugen, mehr gute Wohnungen zu bauen, mehr Fernsehapparate, Rundfunkempfänger, Staubsauger und andere Waren und Gegenstände zu produzieren, die der Mensch braucht, so ist das Sowjetvolk seines Sieges sicher. Man droht Ihnen nicht mit interkontinentalen ballistischen Raketen. Ihnen droht eine friedliche Offensive, ein friedlicher Wettbewerb in der Produktion von Konsumgütern und Gegenständen, die die Kultur erhöhen und das Leben der Menschen verbessern. Hier werden wir unerbittlich sein. Dieser Wettbewerb wird zeigen, welches System besser ist."

Chruschtschow am 6. September 1959 in der Prawda: „Wir Kommunisten sind überzeugt, daß die Idee des Kommunismus schließlich in der ganzen Welt siegen wird, so wie sie in unserem Land, in China und in vielen anderen Staaten gesiegt hat."

„Unsere Überzeugung, daß der Kommunismus siegen wird, beruht auf der Kenntnis der Entwicklungsgesetze der Gesellschaft. Wir sind deswegen vom Sieg der sozialistischen Ordnung überzeugt, weil sie im Vergleich zu der kapitalistischen eine fortschrittliche Ordnung ist. Dem Sowjetland, 42 Jahre alt, ist es bereits möglich, die USA, einen 150 Jahre alten kapitalistischen Staat, zum wirtschaftlichen Wettbewerb herauszufordern, wobei die weitsichtigsten amerikanischen Politiker zugeben, daß die Sowjetunion die Vereinigten Staaten schnell einholt und schließlich überholen wird."

Material über die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion

Einschließlich des Weißen und des Kaspischen Meeres dehnt sich die Sowjetunion über ein Territorium von 22,4 Millionen qkm aus. Rund 1/6 des bewohnten Festlandes der Erde gehören zu der UdSSR. Gegenwärtig wohnen 220 Millionen Menschen in der UdSSR gegenüber 171 Millionen Menschen vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Die Bevölkerungsdichte beträgt für das ganze Staatsgebiet durchschnittlich 10 Menschen je qkm.

Als der erste Weltkrieg begann, lebten 18 vH aller Einwohner in den Städten und 82 vH auf dem Lande. Vor Ausbruch des zweiten Weltkrieges betrug der Anteil der Stadtbevölkerung 35 vH und der der ländlichen 65 vH. Nach dem Stand von 1957 wohnen 44 vH in den Städten und nur noch 56 vH auf dem Lande. Diese Zahlen zeigen nüchtern die Auswirkung der Industrialisierung im Verlauf von sechs Fünfjahresplänen. Nach dem Stand von 1956 betrug der natürliche Bevölkerungszuwachs in der UdSSR 17,2 auf 1000 Einwohner, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 15,5, in Frankreich 6,4 und in der Bundesrepublik Deutschland 4,9.

Wachstum der industriellen Bruttoproduktion (1913 = 100)

1913	1917	1928	1937	1940	1945	1950	1956
100	71	152	816	1172	1085	2060	4349

Wachstum der Roheisen- und Stahlproduktion

	Jahr	Roheisen	Stahl
		(in Millionen Tonnen)	
	1913	4,2	4,2
	1928	3,3	4,3
	1937	14,5	17,7
	1940	14,9	18,3
	1946	9,9	13,3
	1950	19,2	27,3
	1956	35,8	48,6
Planziel	1965	65—70	86—91
USA	1957	72,0	102,0

Wachstum der Kohlen- und Erdölförderung sowie der Stromerzeugung

	Jahr	Kohle	Erdöl (Mill. t.)	Stromerzeugung (Md. kWh)
	1913	19,1	9,2	1,9
	1928	35,5	11,6	5,0
	1937	128,0	28,5	36,2
	1940	165,9	31,1	48,3
	1950	261,1	37,9	91,2
	1956	429,2	83,8	191,7
	1957	463,0	98,0	209,7
Planziel	1965	569—609	230—240	500—520
USA	1957	565,0	352,0	630,0

Produktion von Massenbedarfsgütern

Jahr	1913	1928	1955
Baumwollgewebe (Mill. m)	2582	2678	5 905
Lederschuhe (Mill. Paar)	60	58	274,3
Butter und Vollmilchprod. (in 1000 t)	104	82	13 500
Seife (auf 40% Fettgehalt, umger. in 1000 t)	128	311	1 077

Gesteigerte Länge der Verkehrswege

Verkehrsart	Maßeinheit	1913	1940	1957
Länge der Eisenbahnen	in 1 000 km	58,5	106,1	121,1
Binnenschiffahrtswege	in 1 000 km	59,4	107,3	132,8
Autostraßen mit fester Decke	in 1 000 km	24,3	143,4	225,7
Erdölhauptleitungen	in 1 000 km	1,1	4,1	13,2

Die Mechanisierung und Automatisierung der Produktionsprozesse werden in der UdSSR in allen Zweigen der Volkswirtschaft nachhaltig gefördert. So ist der Steinkohlenbergbau im Streb bereits zu 80 bis 90 vH mechanisiert. In den Eisen- und Manganerzgruben wurde ebenfalls eine nahezu hundertprozentige Mechanisierung erreicht. Weit vorgeschritten ist dieser Prozeß ferner im Wohnungsbau, bei Wasserbauten sowie der Anlage von Staudämmen und Kanälen. Im Hüttenwerk Tscherljabinsk läuft eine vollautomatisch gesteuerte Walzstraße mit einer Geschwindigkeit von 10 m je

Sekunde. Auch die Erdölgewinnung wurde im Verlaufe des dritten Fünfjahresplanes vollautomatisiert. Im Maschinenbau gibt es bereits zahlreiche automatische Fertigungsstraßen. Bis 1960 sollen mindestens 220 voll- und halbautomatische Anlagen in Betrieb genommen werden.

Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag der KPdSU (Januar 1959): „Die Bruttoproduktion der Industrie soll bis 1965 im Vergleich zu 1958 um annähernd 80 vH gesteigert werden, darunter in der Gruppe »A« (Produktion von Produktionsmitteln) um 85 bis 88 vH und in der Gruppe »B« (Produktion von Konsumtionsgütern) um 62 bis 65 vH. Das ist eine sehr große Zunahme. Die Vergrößerung des Volumens der Industrieproduktion im Siebenjahresplan wird der Produktionszunahme in den letzten 20 Jahren gleichkommen."

„Für die Zeit von 1959 bis 1965 ist eine Steigerung der landwirtschaftlichen Bruttoproduktion auf das 1,7fache geplant. Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Produktion wird sich auf 8 vH belaufen."

„Es ist vorgesehen, die Produktion der einzelnen Erzeugnisse bis zum Ende des Siebenjahresplanes wie folgt zu erhöhen:

Getreide auf 10 bis 11 Milliarden Pud (164 bis 180 Millionen Tonnen) gegenüber 8,5 Milliarden Pud im Jahre 1958,

Rohbaumwolle auf 5,7 bis 6,1 Millionen Tonnen oder 30 bis 39 vH mehr als 1958,

Zuckerrüben auf 76 bis 84 Millionen Tonnen oder 40 bis 55 vH mehr als 1958,

Kartoffeln auf 147 Millionen Tonnen gegenüber 86 Millionen Tonnen im Jahre 1958,

Fleisch (Schlachtgewicht) mindestens auf 16 Millionen Tonnen oder auf das Doppelte im Vergleich zu 1958,

Milch auf 100 bis 105 Millionen Tonnen oder auf das 1,7- bis 1,8fache gegenüber 1958,

Wolle auf rund 548 000 Tonnen oder auf das 1,7fache gegenüber 1958."

Material zur Entwicklung von Erziehung und Schule in der Sowjetunion

Entwicklung der Kindergärten

Jahr	Kindergärten	Kinder	Leiter und Erzieher
1927	2 155	107 525	6 132
1940	23 999	1 171 507	75 191
1957	34 366	2 095 000	172 000

Entwicklung der Anfangsschulen, Siebenjahresschulen und Mittelschulen, Schulen der Arbeiterjugend und Landjugend und der Erwachsenenschulen

Schuljahr	Schulen (in 1000)	Schüler (in 1000)
1922/23	89,0	7 366
1937/38	176,3	30 148
1957/58	214,2	30 625

Techniken und sonstige Lehranstalten für die mittlere Berufsbildung

Schuljahr	Lehranstalten	Studierende
1914/15	450	54 265
1927/28	1 037	189 444
1933/34	2 861	588 927
1957/58	3 498	1 940 589

Hochschulen

Schuljahr	Hochschulen	Studenten
1914/15	105	127 423
1927/28	148	168 554
1933/34	714	458 309
1957/58	763	2 099 431

An den Hochschulen kamen 1955 auf einen Lehrenden rund 10 Studierende; auf einen Studierenden kamen 163 Einwohner.

Wissenschaft und Forschung

Anzahl der wissenschaftlichen Institutionen in der UdSSR

1928	1940	1950	1958
1263	1821	2848	2983

Zählt man alle wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der UdSSR zusammen (einschließlich der an den Hochschulen und im System der Akademien der Wissenschaften), so gelangt man für die Sowjetunion (1958) auf annähernd 3000 wissenschaftliche Forschungseinrichtungen, in denen 270 000 wissenschaftliche Arbeiter tätig sind, davon etwa 36 vH Frauen.

Chruschtschow auf dem XXI. Parteitag der KPdSU (Januar 1959): „Die Zahl der Fachkräfte mit Hoch- und Fachschulbildung in der Volkswirtschaft beträgt heute rund 7,5 Millionen, das sind 39mal mehr als 1913. An den sowjetischen Hochschulen studieren annähernd viermal soviel Studenten wie in England, Frankreich, Westdeutschland und Italien zusammengenommen. Die Hochschulen unseres Landes bilden fast dreimal mehr Ingenieure aus als die Hochschulen der USA."

„Die Zahl der Schüler in den Internatsschulen wird 1965 nicht weniger als 2 500 000 betragen. Die Zahl der Kinder in den Kindergärten soll laut Siebenjahresplan von 2 280 000 auf 4 200 000 ansteigen. In Zukunft ist vorgesehen, für alle Kinder die Möglichkeit der Aufnahme in Internatsschulen zu schaffen, was dazu beitragen wird, die Aufgaben der kommunistischen Erziehung der heranwachsenden Generation erfolgreich zu lösen und neue Millionen Frauen zu aktiven Erbauern der kommunistischen Gesellschaft zu machen."

„Der Siebenjahresplan sieht vor, die Ausbildung von Fachleuten mit Hoch- und Fachschulbildung bedeutend zu erweitern und zu verbessern. Von 1959 bis 1965 werden 2 300 000 Fachkräfte die höheren Lehranstalten absolvieren, gegenüber 1 700 000 in den vorangegangenen sieben Jahren."

Quellen: Zimmermann: Aufbauprojekte in 5 Kontinenten;
Jahrbuch 1959 des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft;
Enzyklopädie der UdSSR, 2. Auflage; „Die UdSSR" (herausgegeben von der Botschaft der UdSSR, Bonn);
Chruschtschow-Reden.

Richtlinien für Ostkontakte

Beschlossen vom Parteivorstand und Parteirat am 30. Januar 1960

A. Politisch

1. Die Sozialdemokratie lehnt jede organisatorische und politische Beziehung zu kommunistischen Organisationen, besonders zur SED, ab. Sie hat immer wieder davor gewarnt, sich von Kommunisten für deren propagandistische Zwecke mißbrauchen zu lassen. Sie weiß aber auch, daß bei der gegenwärtigen weltpolitischen Lage, die durch die wachsende Herausforderung des Kommunismus gekennzeichnet ist, der absolute Verzicht auf jede Verbindung mit den östlichen Staaten eine wirksame Auseinandersetzung mit dem Kommunismus verhindert.

2. Sie Sozialdemokratie anerkennt deshalb die Notwendigkeit von informativen Reisen in östliche Staaten im kommunistischen Herrschaftsbereich, vorausgesetzt, daß dabei die Unabhängigkeit der sozialdemokratischen Gesprächsteilnehmer gewahrt bleibt. Diese Bereitschaft für informative Reisen erstreckt sich nicht auf offizielle Einladungen, Besuche oder Kontaktbemühungen sowjetzonaler Stellen.

3. Für die Kommunisten ist die Kontaktaufnahme nur ein taktisches Mittel. Dabei ist ihr Ziel, den Gegner zu überlisten, ihn zu manipulieren und schließlich zu unterwerfen. Vor allem wird immer wieder versucht werden, Kontakte zu Propogandazwecken und Einheitsmanifestationen zu mißbrauchen. Ohne die Kenntnisse dieser Ausgangsposition ist jeder Kontakt illusionär.

4. Die Bejahung der Demokratie durch die Sozialdemokraten ist eindeutig klarzumachen. Wir wollen die Demokratie, wie sie sich in den westlichen Ländern entwickelt hat, vervollkommnen und nicht durch eine Parteidiktatur abschaffen.

5. Bei jedem Gespräch mit Kommunisten haben Vertreter des demokratischen Sozialismus klarzustellen, daß sie mit der von der UdSSR erreichten Stufe der industriellen Entwicklung zu rechnen bereit sind, diese aber in keiner Weise als Rechtfertigung des Anspruchs der Kommunisten anerkennen, den Sozialismus verwirklicht zu haben. Es ist festzustellen, daß die erreichte Entwicklungsstufe der UdSSR auch nachträglich keine Rechtfertigung und Entschuldigung für die Schrecken des bolschewistischen Systems, für die Vertreibung von vielen Millionen Menschen und die Mißachtung des Selbstbestimmungsrechtes des deutschen Volkes darstellt.

6. Die Sozialdemokraten werden sich durch informative Kontakte mit kommunistischen Ländern in ihrem Kampf gegen den Kommunismus nicht hindern lassen.

7. In den kommunistischen Ländern ist die persönliche Bewegungsfreiheit der Besucher ebenso wie die Möglichkeit der Einheimischen zu freier Meinungsäußerung stark eingeschränkt, so daß eine unbeeinflußte Information, ein fruchtbarer Meinungsaustausch und eine objektive Urteilsbildung nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen möglich sind. Ob die notwendigen sachlichen und persönlichen Voraussetzungen gegeben sind, ist in jedem Einzelfall gründlich zu überprüfen. Sind sie nicht gegeben, müssen die Kontakte unterbleiben.

B. Organisatorisch

8. Ohne Einverständnis mit dem zuständigen Parteibezirk und ohne entsprechende Vorbereitungen dürfen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei politische Kontakte nicht aufnehmen.

9. Die Mittel für die Reise müssen aus politisch einwandfreien Quellen stammen.

10. Die Verschiedenartigkeit der Umstände, unter denen Reisen und Kontakte zustande kommen, macht es notwendig, sehr sorgfältig zu prüfen, welcher Kontakt, in welcher Form, durch welche Personen und zu welchem Zweck gerechtfertigt ist.

11. Die Kontakte in der Sowjetzone erfordern eine besondere Prüfung. Es muß vermieden werden, der SED Propagandamaterial zu liefern. Man muß wissen, daß die SED alles tut, um die Gegensätze zwischen dem Kommunismus und der Sozialdemokratie zu verwischen. Sie versucht, den demokratischen Sozialismus zu mißbrauchen, um eine Wiedervereinigung zu verhindern.

12. Jede sogenannte Aktionseinheit und alle organisatorischen Beziehungen mit der SED und ihren Nebenorganisationen sind abzulehnen. Auf die Beschlüsse des Parteivorstandes über Kontaktaufnahmen zur DDR vom 12. März 1959 wird nachdrücklich verwiesen.*)

13. Mit den befreundeten Jugendorganisationen ist eine Vereinbarung anzustreben, die die Anwendung dieser Richtlinien sicherstellt.

14. Alle Erfahrungen über Kontakte und ihre Entwicklung sind bei einer Stelle beim Parteivorstand zu konzentrieren. Die bisherigen Ergebnisse von Informationsreisen sind auszuwerten.

***) Richtlinien über die Behandlung von Delegationen aus der „DDR"**

Funktionäre, Mitglieder und Mandatsträger der Sozialdemokratischen Partei werden in zunehmendem Maße von Einzelpersonen oder Delegationen aufgesucht, die für die Entsendung von Delegationen aus der Bundesrepublik nach der „DDR" werben.

Häufig bedienen sich die Abgesandten aus der „DDR" verwandtschaftlicher Beziehungen oder suchen Verbindung auf Grund entsprechender gewerkschaftlicher Zugehörigkeiten oder berufen sich auf ihre kommunalpolitische Tätigkeit in der „DDR". Das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt aus diesen Anlässen fest:

1. *Die in dem im „Vorwärts" am 20. Februar 1959 unter der Überschrift „Keine Aktionseinheit" veröffentlichten Artikel des stellvertretenden Parteivorsitzenden Herbert Wehner begründete Aufforderung an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratischen Partei, sich weder an der „Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz" in Leipzig noch am „Arbeiterjugendkongreß" in Erfurt zu beteiligen, entspricht dem Beschluß, keinerlei organisatorische Beziehungen zur SED und KPD einzugehen oder zu pflegen. Er gilt auch für alle anderen Veranstaltungen, die — auch wenn sie mit einem kommunalpolitischen oder gewerkschaftlichen Anstrich versehen sind — dem Zweck dienen, Sozialdemokraten in getarnte organisatorische Beziehung zur SED und KPD zu bringen.*

2. *Am 24. Februar 1959 wurde bereits an die Presse eine Mitteilung gegeben, in der ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wird, daß Versuche, Sozialdemokraten zur Teilnahme an Veranstaltungen des „Gemeindetages" in der „DDR" zu gewinnen, mit dem deutlichen Hinweis darauf abzulehnen sind, solange nicht freier Reiseverkehr zwischen beiden Teilen Deutschlands gewährleistet ist, könne überhaupt keine Rede von einer Teilnahme an solchen oder ähnlichen Konferenzen sein.*

3. *Eine Teilnahme von Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei an der Werbung und der Vorbereitung zur Beteiligung an den kommunistischen Weltjugendfestspielen ist nicht vereinbar mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei.*

4. *Die Sozialdemokratische Partei setzt sich nachdrücklich für geordnete sportliche und kulturelle Beziehungen über die Zonengrenze ein. Sie wendet sich gegen die zunehmende Strangulierung des Reiseverkehrs durch die zuständigen sowjetzonalen Stellen, infolge deren heute selbst Besuche von Verwandten nur noch in Ausnahmefällen möglich sind. Alle offenen oder getarnten Versuche zur Anbahnung sogenannter politischer oder gewerkschaftlicher Aktionseinheit sind mit politischer Begründung zurückzuweisen.*

Herausgeber: Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 2.60
Druck: Druckhaus Deutz, Köln